

## *KGW's Rundschreiben*



25.03.2014  
Seite 1 von 4

### **Deutschland in Europa und der Welt**

Wenn man die Krise von ihrem Ausbruch vor ca. 6 Jahren bis heute verfolgt, muss man sich bei Betrachtung des Ist-Zustandes fragen: wo ist sie in Deutschland? Wurde sie erfolgreich bekämpft, totgeredet oder hat sie sich nur versteckt? Irgendwann muss der riesig aufgetürmte Schuldenberg abgetragen werden und dann erleben wir (oder unsere Kinder und Enkel) die Zeit der Wahrheit.

Als Ausblick auf 2014 und die Folgejahre haben die Experten (nach Wachstumsraten der letzten beiden Jahre von je ca. 0,5%) einen kräftigen Boom voraus gesagt. Hat man dabei nicht berücksichtigt, dass die Geldpolitik der EZB die Kreditkosten der Krisenländer künstlich nach unten drückt, damit die Euroländer nicht auseinander brechen? Mit 0,25% Leitzins wird in Deutschland noch nicht einmal die Teuerungsrate ausgeglichen. Wir müssten bei 3 - 3,5% liegen, aber damit ist in nächster Zeit sicherlich nicht zu rechnen. Die Investoren, die nicht an den Zerfall der Eurozone glauben, bringen wieder Geld in den Euroraum, was die Währung verteuert. Die so genannten Experten haben allesamt eine deutliche Schwäche des Euro vorhergesagt. Diese Prognosen waren völlig daneben, denn der starke Euro liegt in Relation zum US-\$ bei einer Parität von 1,40. Eine richtige Erklärung hat man dafür nicht, denn die niedrigen Zinsen werden auch weiter auf dem Rekordtief bleiben. Der ganz große Wirtschaftsaufschwung ist nicht in Sicht und die Eskalation in der Ukraine hat auch nicht zur Verbilligung des Euro beigetragen. An den Devisenmärkten werden täglich über 5 Billionen Dollar gehandelt, für die meist kein Warengeschäft zugrunde liegt. Spekulanten (die nicht immer maßvoll und vernünftig sind) treiben die Währungen durch ihre Spekulationen nicht immer in die richtige Richtung. In einer Rede wies der Präsident der EZB kürzlich darauf hin, dass die Aufwertung gestoppt werden muss, um die zerbrechliche Konjunktur in der EU nicht zu gefährden. Der starke Euro verbilligt Importwaren. Damit werden weitere Inflationsängste geschürt.

Europäische Banken, die dem Stresstest unterworfen sind, holen sich in der aktuellen Situation massiv Geld, was sie nicht nur im Euroraum ausgeliehen haben, zurück, damit sie ihre Kapitalsituation verbessern und den Stresstest bestehen können. Die EZB hat ihre Bilanzsumme bereits von 3 Billionen auf 2 Billionen Euro zurück gefahren. Das hat dazu geführt, dass der Euro im Vergleich zu Dollar, Yen und anderen Währungen knapper geworden ist. Dadurch wird der Wechselkurs getrieben. Sollte der Euro deutlich über 1,40 € springen, bleibt Mario Draghi wohl nichts anderes übrig, als die umstrittenen Anleihekäufe zu starten. Wird der Euro aufgewertet, ist es für das europäische Wirtschaftsklima und die Gewinnaussichten der Unternehmen nicht positiv. Auch der Aktienverlauf wäre negativ. Es bleibt also abzuwarten, ob der Euro steigen wird, oder man sich seitens der EZB dazu entschließt, die Geldpolitik noch weiter zu lockern. Blumberg beleuchtet die amerikanische Wirtschaft und sieht Gründe (z.B. durch zurückfahren der Finanzspritzen durch die FED), dass der Dollar in Relation zum Euro stärker wird. Für das 4. Quartal 2014 rechnen Analysten mit einem Kurs von 1,34.

In Deutschland erleben wir die Auswirkungen der großen Koalition. Da es keine Liebesheirat war, „bekämpfen“ sich die Politiker der unterschiedlichen Parteien. Dabei kristallisiert sich immer mehr heraus, dass wir sozialistisch geführt werden. Gewiss sind wir unter Altkanzler Gerhard Schröder und Franz Müntefering gar nicht so schlecht gefahren, nur die Denkrichtung derjenigen, die jetzt am Ruder sind, ist nicht so recht nachzuvollziehen. Während die SPD das Renteneintrittsalter auf 63 Jahre vorziehen will, Mindestlöhne durchsetzt, die Energiewende voran treibt und die Mieten bremsen will, wird das viele Milliarden kosten. Die Union legt dann mit dem Thema Mütterrente nach, was ebenfalls Kosten in Milliardenhöhe verursacht. Damit wird die Altersarmut bei bevorstehender Überalterung der Bevölkerung nicht eingedämmt. Wahrscheinlich gehört es aber zum Prestige beider Lager, diese Programme durchzuboxen, um damit aufzuzeigen, wie stark man im Verhältnis zum Koalitionspartner ist. Dass die Programme durchkommen, dürfte sicher sein, denn die Abgeordneten, die wir gewählt haben, heben auf Grund des Fraktionszwangs die Hände und nicht, weil sie ihrem Gewissen unterliegen, welches vielleicht (wenn man bereit ist, darüber nachzudenken) an die eigene Vernunft appelliert. Die Durchsetzung dieser Programme wird die Sozialkassen kräftig leeren. Es gibt nur eine Möglichkeit, sie wieder aufzufüllen – durch Steuererhöhungen. Das wird uns und künftige Generationen belasten.

In Kürze wird im Kabinett über ein Gesetz beraten, welches die Zahlungsziele regeln soll. Heute werden von Großunternehmen (wozu auch Vater Staat gehört) Zahlungszielforderungen mit 90 Tagen und länger vorgegeben.

Man will in der Praxis künftig 30 Tage Ziel durchsetzen. Ob das gegen entsprechende übermächtige Geschäftspartner (sowie auch die öffentliche Hand) durchgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten. Wenn es so käme, könnten Großkonzerne ihre Einkaufsformulare, die im Kleingedruckten lange Zahlungsziele vorgeben, einstampfen. Heute, wie auch künftig, wird es Zahlungsverzug großer Häuser geben, die schlussendlich die Existenz kleinerer und mittelständischer Vertragspartner gefährden.

Bereits im Vorfeld hat sich abgezeichnet, dass das Chaos in der Ukraine zur Annektierung der Krim durch Russland führen würde. Die meisten Deutschen haben die Krim bislang ohnehin Russland zugeordnet. Die Börse hat darauf, ob Präsident Putin die Regeln des Völkerrechts verletzt, nur unwesentlich reagiert. Ob die Protestnoten der Amerikaner und der europäischen Staaten Putins Denken in eine andere Richtung als bisher beeinflusst, ist sehr unwahrscheinlich. Gerhard Schröder hatte ihn mal als „lupenreinen Demokraten“ bezeichnet, womit er mit seiner Einschätzung weit von der Realität entfernt ist. Das Land ist wohl zu groß, um demokratisch regiert zu werden (ähnlich wie China). Es mag Vladimir Putin auch nicht sonderlich interessieren, ob die G7 den für Mitte des Jahres geplanten G8-Gipfel in Sotschi cancelt. Wir müssen uns fragen, ob ein Wirtschaftskrieg Deutschland (sowie andere europäische Länder) nicht kälter erwischen würde, als Russland. Es gibt viele deutsche Unternehmen, die gute Drähte zum Kreml und der russischen Wirtschaft haben und ausgezeichnet mit dem russischen Markt vernetzt sind. Wenn man als Beispiel Siemens sieht, welches einen engen Kontakt zum Lokomotiv-Hersteller Sinara hat, kann man davon ausgehen, dass diese Verbindungen nach der Zeit des gegenseitigen Säbelrasselns auch künftig Bestand haben werden. Die enge Vernetzung hat sich für den bei Siemens geschassten Peter Löscher und den Russland-Chef Dietrich Möller dahingehend ausgewirkt, dass Viktor Wekselberg ihn für seine schweizer Holding Renova-Management einstellte (Wekselberg machte am deutschen Markt kürzlich von sich Reden, als er bei Schmolz+Bickenbach als Gesellschafter einstieg). Auch wenn zurzeit vom Ural her ein kühler Wirtschaftswind durch Europa bis nach Amerika weht, ist es eine Frage der Zeit, bis sich das Klima wieder erwärmt.

Wir Europäer richten unseren Blick auf die Europawahl im Mai diesen Jahres. Wir hoffen auf ein Ergebnis im Sinne der Euro-Union. Für uns alle sollte das, was wir seit vielen Jahren schätzen, oberste Priorität haben: der Frieden!

### **Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder**

Im Januar diesen Jahres sagte der Vorstandsvorsitzende von ThyssenKrupp, Heinrich Hiesinger: „Mittel- und langfristig, das muss man ganz klar sagen, wollen wir auch das Werk in Brasilien nicht bei ThyssenKrupp haben.“ Heute, nach ca. 3 Monaten, hat man das in die Tat umgesetzt und ist zu einem Spottpreis von gut 2 Milliarden Euro beide Werke losgeworden.

Vielleicht war das auch mit ein Grund dafür, dass der Finanzinvestor Cevian seine Anteile bei ThyssenKrupp auf jetzt 15,1% gesteigert hat. Man stellte eine weitere Erhöhung in Aussicht. Für die Skandinavier bedeutet dies einen Sitz im Aufsichtsrat des Konzerns.

Der Markt für Edelstahl Rostfrei hat sich in den vergangenen 25 Jahren dramatisch verändert. Noch vor gut 10 Jahren saßen die größten Edelstahlproduzenten im europäischen Raum, während man sie heute in Fernost wieder findet.

Die angespannte Situation, sowie die Gründe dafür, haben wir hier seit vielen Monaten geschildert. Die Servicebetriebe haben ihre Bestände stark heruntergefahren und sind bei der Minimal-Tonnage der möglichen Einlagerung angelangt. Es kann jetzt nur noch nach oben gehen. Zwischenzeitlich ist ein kleiner Silberstreif am Preishimmel zu erkennen. Diese Entwicklung paart sich mit der Verlängerung der Lieferzeiten, die aktuell von den Werken auf Juli/August angegeben werden.  $\frac{2}{3}$  der Rostfrei-Importe nach Deutschland decken Fernost-Hersteller (wie China, Korea, Taiwan) ab. Gestiegene Kosten in diesen Ländern haben dazu geführt, dass die Preise in den letzten Tagen mehrfach angehoben worden sind und weitere Preissteigerungen angekündigt werden. Das ist immer ein Indikator dafür, dass der Preistrend nach oben zeigt.

In Deutschland wird nach wie vor mit der EU-Kommission um die Ausnahmen für die Industrie beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) diskutiert. Die Stahlbranche, die in den letzten Jahren ohnehin keine schwarzen Zahlen geschrieben hat, bezeichnet die Kostensteigerungen für höhere Strompreise als Gift. Ein weiteres Thema ist die Behandlung der Stahlhersteller, die in die eigene Stromherstellung investiert haben. Ob man auch diese künftig zusätzlich belasten wird, bleibt abzuwarten. Hannelore Kraft ist jedenfalls der Ansicht, dass für bestehende Eigenstrom-Anlagen Bestandsschutz gelten müsste.



**Edelstahlschrott**

W-Nr.	höchst 2013 €/to	tiefst 2013 €/to	Jan 2014 €/to	Feb 2014 €/to	Mrz 2014 €/to	Apr 2014 €/to	Mai 2014 €/to	Jun 2014 €/to	Juli 2014 €/to	Aug 2014 €/to	Sep 2014 €/to	Okt 2014 €/to	Nov 2014 €/to	Dez 2014 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Sep. 390	Dez. 340	370	390	400									
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Jan. 1.320	Dez. 950	1.050	1.050	1.100									
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	Jan. 1.850	Dez. 1.300	1.450	1.450	1.480									

\*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

**Das KGW-Team**